



Die ÖBB setzen bereits auf reine Batteriezüge und auf Akku-Hybrid-Lösungen. Sie haben zuletzt 120 Hybridzüge bestellt.

Foto: ÖBB

# Oberleitung bleibt das Reizwort im Zillertal

Akku-Zug soll bis 2030 Dieselantrieb ersetzen. Verhandlungen über die Lade-Infrastruktur sind die größte Herausforderung für rasche Umrüstung.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Der Aufsichtsratsvorsitzende der Zillertalbahn und ÖVP-Nationalratsabgeordnete Franz Hörl sieht nach „jahrelanger Suche für eine umweltfreundliche richtige Antriebsform“ ein Etappenziel erreicht. „Die Entscheidung ist gefallen, die Umsetzung muss zügig erfolgen.“ Hörl war ein vehementer Verfechter eines Wasserstoffantriebs, mit der Akku-Lösung könne er mit einer „gewissen und verständlichen Wehmut“ dennoch leben. „Am liebsten wäre mir natürlich ein reiner Akku-Zug ohne Oberleitung.“ Doch ob Akku- oder Hybrid-Variante für Hörl müssen letztlich die Techniker und Fachexperten diese Frage klären.

Das wird nach dem gestrigen Beschluss der schwarz-roten Landesregierung erfolgen. In enger Abstimmung mit den Zillertaler Gemeinden und dem Tourismus vergibt das Land die Planungsarbeiten und lässt die notwendige Lade-Infrastruktur technisch prüfen, denn für die Hybrid-Variante benötigt es neben dem Ausgangs- und Endbahnhof in Jenbach sowie Mayrhofen Oberleitungsabschnitte zum Aufladen der Batterie. Bei einem reinen Akku-Zug würden sich diese auf Jenbach und Mayrhofen beschränken.



In den nächsten sechs Jahren kommen die aktuellen Garnituren in die Remise. Dadurch sollen 900.000 Liter Diesel eingespart werden.

Foto: APA/Groder



Foto: Liebl

„Neben der Akku-Lösung für die Bahn soll der gesamte öffentliche Busverkehr ausgebaut werden.“

LR René Zumtobel/SPÖ (Mobilitätslandesrat)



Foto: Böhm

„Das Zillertal ist bereit für Innovation und trägt diese auch mit. Alle ziehen an einem Strang.“

LHStv. Josef Geisler/VP (Energierreferent)

Mobilitätslandesrat René Zumtobel (SPÖ) ist jedenfalls zufrieden, die Wasserstoffdebatte wurde teilweise sehr emotional geführt. „Im Zillertal soll der öffentliche

Nahverkehr künftig vollkommen dekarbonisiert fahren. Neben einer innovativen und akkubasierten Lösung für die Zillertalbahn soll auch der gesamte öffentliche Bus-

verkehr ausgebaut und sukzessive emissionsfrei betrieben werden.“

Trotz der 2018 beschlossenen Wasserstoffregion Zillertal sieht LHStv. Josef Geisler nachvollziehbare Gründe für den Schwenk auf die Akku-Technologie. „Das Zillertal ist bereit für Innovation und trägt diese auch mit. Wir wollen so rasch wie möglich weg vom Dieselantrieb kommen.“ Nachsatz: „Alle ziehen an einem Strang.“

Die größten Herausforderungen sind der Zeitplan, denn die aktuellen Dieselmotoren müssen ausrangiert werden, und die Lade-Infrastruktur. Bis 2030 müssen die Akkus der Zillertalbahn aufgeladen werden. Bei der Hybrid-Variante, die laut den Experten der Technischen Universität Wien Vorteile im laufenden Betrieb bringen würde, benötigt es in den Verhandlungen mit den Bürgermeistern viel Fingerzeigegefühl. Das weiß auch die Landesregierung.

Was die Kosten betrifft, liegt der Akku-Zug jedenfalls deutlich unter den Aufwendungen für einen Wasserstoffantrieb. Rund 13 Millionen Euro sind für einen Akku-Zug zu berappen. Im laufenden Betrieb würde etwa eine Wasserstoffbahn im Zillertal bis zu fünf Millionen Euro mehr an Betriebskosten verursachen.

## „Beste Akku-Lösung rasch umsetzen“

**Jenbach, Mayrhofen** – Im Zillertal weint man dem Wasserstoffzug nicht mehr nach. „Wir akzeptieren die Expertenmeinung und wollen, dass die bestmögliche Variante jetzt schnellstens umgesetzt

allein bringt es nicht. Es braucht mehr Busse für die Seitentäler und einen dringenden Bahnhofsumbau in Mayrhofen“, betont er.

Für den Zeller TVB-Obmann **Ferdinand Lechner** ist eine Oberleitung in Zell ein No-Go. Die Zugtrasse verläuft dort mitten durchs Zentrum, vorbei an einigen der besten Hotels des Ortes. „Das Tal braucht dringend eine Lösung und wir stehen der Sache nicht im Wege, aber ohne Oberleitung bei uns im Ort“, sagt Lechner.

Das Aus für Wasserstoff wird von den Tiroler Grünen begrüßt. „Endlich kommt die schwarz-rote Landesregierung bei der Zillertalbahn aufs richtige Gleis“, freut sich Klubobmann **Gebi Mair**. Leider habe das Land ein ganzes Jahr für die Dekarbonisie-



Foto: Böhm

„Wir müssen ins Tun kommen und werden auch eine teilweise Oberleitung akzeptieren müssen.“

Hansjörg Jäger (Planungsverbandsobmann)

wird“, sagt Planungsverbandsobmann **Hansjörg Jäger** aus Ried. Den Wasserstoffantrieb habe die Landesregierung einst forciert, aber jetzt sei diese Variante auch aus technischen Gründen gefallen. „Uns geht es um eine CO<sub>2</sub>-neutrale Lösung“, sagt Jäger. Man werde auch eine Oberleitung in gewissen Bereichen akzeptieren müssen. Jäger mahnt zur Eile: „Bis 2028/29 muss der Zug auf Schiene sein. Dafür muss das Tal jetzt auch an einem Strang ziehen.“

Froh, dass am Bahnhof in Mayrhofen keine Wasserstoffherzeugung stattfindet, ist der dortige Tourismusverbands-Obmann **Andreas Hundsbichler**. Das Tal habe mit seinen Speicherkraftwerken schon genug für die Energieerzeugung getan. So wenig Oberleitungen wie möglich wünscht er sich und eine schnellstmögliche Umsetzung des gesamten Mobilitätskonzepts. „Der Zug



Foto: Böhm

„Wir wollen keine Oberleitung im Ortskern von Zell, denn da stehen Fünf- und Vier-Sterne-Hotels.“

Ferdinand Lechner (Obmann TVB Zillertal Arena)

Der Klubchef der Liste **Fritz Markus Sint** sieht das Aus für Wasserstoff als Schritt in die richtige Richtung. Dass eine Umrüstung auf eine Normalspur sowie eine Elektrifizierung nicht geprüft werde, ärgert ihn jedoch maßlos. „Das wäre ein Riesengewinn.“ (ad, pn)

„Nun heißt es, schnell zur Ausschreibung zu kommen.“

Der Klubchef der Liste **Fritz Markus Sint** sieht das Aus für Wasserstoff als Schritt in die richtige Richtung. Dass eine Umrüstung auf eine Normalspur sowie eine Elektrifizierung nicht geprüft werde, ärgert ihn jedoch maßlos. „Das wäre ein Riesengewinn.“ (ad, pn)



Der Bahnhof Mayrhofen soll ebenfalls rasch umgebaut und eine Ladestation für den Akku-Zug errichtet werden.

Foto: Böhm

# Leerstand: Harte Kritik an Bund, runder Tisch steht

Länder sehen Verklärung des Volkswohnungswesens als nicht weitgehend genug an. BM Willi lotet am Donnerstag Rechtsrahmen aus.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Noch gestern wurde im Vorfeld der heutigen Landeshauptleuterkonferenz intensiv an diversen Stellungnahmen gearbeitet. So auch mit Tirol. LH Anton Mattle (VP) war einer der Hauptinitiatoren der bereits seit 2022 gefassten LH-Konferenz-Forderung an den Bund, das so genannte „Volkswohnungswesen“ zu verklären.

Also in die Hand der Länder zu geben. Dies mit dem Hintergrund, dass Tirol nur über diesen Weg die bisher eher zahnlose, weil zu gering ausfallende Leerstandsabgabe drastisch erhöhen könnte. Im Zuge des jüngsten „Wohnpakets“ des Bundes wurde den Ländern vor wenigen Monaten die Erfüllung dieses Wunsches angekündigt. Ein Antrag im Parlament auf die hierfür nötige Änderung des

Verfassungsgesetzes folgte – die Stellungnahmefrist hierfür endet heute.

Fakt ist: Den Ländern geht die geplante Änderung zu wenig weit. Weil eben nur das Volkswohnungswesen zu den Ländern wandern sollte. Nicht beabsichtigt ist die ebenso aus den Ländern kommende Forderung nach weitergehenden Maßnahmen zum Zwecke der Wohnraumbeschaffung und Wohnraum-

bewirtschaftung (im Bereich Bodenbeschaffung, Raumplanung, Grundverkehr) zu erfüllen. Deshalb, so der Tenor gestern aus den Ländern, werde der Entwurf als „nicht ausreichend“ und zu wenig weitgehend kritisiert.

Wohl nicht zufällig legte gestern die Umweltschutzorganisation Greenpeace eine eigene Berechnung vor, wonach in Österreich rund 230.000 Wohnungen und

Häuser leer stehen sollen. Dem hält Greenpeace an die 60.000 Wohnungen gegenüber, die jährlich in Österreich neu gebaut und damit der Bodenversiegelung Vor-schub leisten würden. Die höchsten Leerstandsquoten hätten demzufolge Kärnten (5,7%) vor Tirol (5,6%).

In Innsbruck stehen aktuell stadtinternen Schätzungen zufolge rund 7000 Wohnungen leer. Bürgermeister Ge-

org Willi (Grüne) bestätigte gestern gegenüber der *TT* das tatsächliche Zustandekommen eines „runden Tisches“ am Donnerstag. Hierbei soll u. a. mit DatenschutzexpertInnen sowie Vertretern der Stadtfraktionen ausgelotet werden, inwieweit das Leerstandsmonitoring verschärft werden könne. Wohnbau-LHStv. Georg Dornauer hat hierfür abgesagt – er könne erst am 18. April, so Willi.